

Grosser Gemeinderat

Worb, 30. Juni 2020

396. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 29. Juni 2020, 19:30 Uhr
Sitzungsende	21:45 Uhr
Ort	Schulzentrum Worboden, Turnhalle
Leitung	Büchel-Wampfler Sandra (SP), Präsidentin
1. Vizepräsident	Fivian Bruno (SVP)
2. Vizepräsident	Suter Michael (FDP)
1. Stimmzähler	Santschi Jürg (BDP)
2. Stimmzähler	Federer Guido (SP)
Mitglieder	Hofer Thomas (BDP) Zwyer Lukas (BDP) Cetin Christopher (EVP) Moser-Utiger Silvia (EVP) Stauffer Michael (EVP) Stöckli Rolf (EVP) Christensen Sven (FDP) Hager Rolf (FDP) Könitzer Patrick (FDP) Marchand Andy (FDP) Rothenbühler Marc (FDP) Schweizer Hans Peter (FDP) Stucki Daniel (FDP) Jorio Marco (GLP) Jost-Pfister Catarina (GLP) Aebersold Daniel (SVP) Fiechter Niklaus (SVP) Howald Lichtenberger Heidi (SVP) Kohli Stephan (SVP) Steinmann Hans Ulrich (SVP) Stucki Simon (SVP) Waber Karin (SVP) Zingg Stephan (SVP) Bircher Andreas (SP) Cavargna Tiziano (SP) Flentje Burkhard Sibylle (Grüne) Goetschi Thomas (SP) Heil Günter (Grüne) Hodler Adrian (SP) Marthaler Matthias (SP) Von Arx Roland (Grüne) Zimmermann Noemi (SP)

Abwesend	Cetin Mayk (EVP) Lanfranconi Elena (FDP) Wenger Claude (Grüne)
Gemeinderat	Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident Gerber Urs Hauser Adrian Kölliker Lenka Lädrach Markus Moser Christoph Wermuth Bruno
Abteilungsleitende	Reusser Christian, Gemeindeschreiber Thöni Urs, Leiter der Bauabteilung Weil Jonas, Leiter der Finanzabteilung
Sekretariat	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter
Protokoll	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Geschäfte

1. 12/0/0 Parlament
Mitteilungen
2. 10/10/11 Sportzentrum Worb AG
„Wislepark“, Interpellation der SVP-Fraktion: Stellungnahme
3. 11/13 Kommunale Wahlen
„Gemeindewahlen 2020“, Interpellation der SVP-Fraktion: Stellungnahme
4. 12/30 Gemeindeorganisation
„Änderung „Vergabesentiment“ zu gunsten ortsansässiger KMU“, Interpellation der SVP-Fraktion: Stellungnahme
5. 21/0 Finanzplanungen
„Worb in der ausserordentlichen Lage: Neubeurteilung der Finanzlage“, Postulat der FDP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
6. 21/10 Budgets
„Steuereinnahmen“, Motion der SVP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
7. 31/60 Volkswirtschaft
„Arbeitslose“, Interpellation der SVP-Fraktion: Stellungnahme
8. 31/60 Volkswirtschaft
„Kurzarbeit“, Interpellation der SVP-Fraktion: Stellungnahme
9. 52/2 Epidemien
„Massnahmen der Gemeinde Worb zur Linderung der Auswirkungen der Corona-Pandemie“, Postulat der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
10. 32/2/8 Schulanlage Worboden Worb (Parzelle 2241)
Oberstufenzentrum Worboden, Sanierung Gebäudehülle; Projektierung: Kreditbewilligung
11. 32/2/10 Schulanlage Zentrum Worb (Parzelle 33)
Neubau Tagesschule Worb: Genehmigung zuhanden der Stimmberechtigten
12. 12/0/0 Parlament
Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

Traktandenliste

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlusnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 396	29.06.2020	1	2017/21-269	143	12/0/0

Ratspräsidentin Büchel-Wampfler Sandra: Ihr habt ein Blatt auf eurem Tisch vom Ratsausflug. Ich wäre froh, wenn ihr die Anmeldung wirklich bis nächsten Montag, 6. Juli 2020, ausfüllen und zurückgeben könntet. Die Platzzahl ist beschränkt. Ich kann einfach zweimal 20 Personen in die Gruppen der REGA nehmen, aber wir sind ja eigentlich selten 40 Personen. Aber dennoch bitte ausfüllen und in der angegebenen Zeit zurückgeben. Danke.

Jorio Marco, GLP: Ihr konntet in der letzten Worber Post lesen, dass man auf dem Areal von Hansueli Steinmann archäologische Grabungen gemacht hat. Dies von Dezember bis Ende März. Die Grabungen sind abgeschlossen. Zum Vorschein gekommen ist ein mittelbronzezeitliches Dorf. Damit ist die Besiedlung von Worb 1000 Jahre älter als bisher angenommen. Also nicht 2500 jährig sondern 3500 jährig. Die IG Worber Geschichte hatte im März eine Veranstaltung vorgesehen. Ein Vortrag, wo man die Ergebnisse vorgestellt hätte. Diese Veranstaltung mussten wir wegen Corona verschieben. Jetzt findet es später statt und zwar am Montag, 17. August 2020, 19.30 Uhr im reformierten Kirchgemeindehaus. Ich werde die provisorische Einladung hinten auflegen. Ich hoffe, es hat einige interessierte. Es werden drei vom archäologischen Dienst kommen und über die riesige Ausgrabung referieren.

"Wislepark", Interpellation der SVP-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlusnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 396	29.06.2020	2	2017/21-270	32963	10/10/11

Detailberatung

Fivian Bruno, SVP: Ich danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für das Ausarbeiten von dieser Stellungnahme. Ich habe hier in einer Antwort noch etwas gesehen, wo mich etwas irritiert hat und ich noch eine Frage dazu hätte. Ich stelle somit dem Rat den Antrag, mir die Diskussion zu bewilligen.

Beschluss:

Der Antrag auf Diskussion wird einstimmig gutgeheissen.

Fivian Bruno, SVP: Besten Dank. Ich habe mir hier aufgeschrieben, dass gemäss Punkt 1 Versicherungsleistungen ausbezahlt wurden. Ist hier die Versicherung der Kurzarbeit gemeint? Als zweites geht es um den Punkt 5. Hier steht geschrieben: "Der Corona Kredit wurde bisher nicht beansprucht." Was ist dies für ein Kredit und was hat der Kredit für eine Höhe?

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Besten Dank für die Fragen von dir, Bruno Fivian. Die erste Frage betrifft den Punkt 1 betreffend der Versicherungsleistung. Die Sache ist diese, dass man seinerzeit mit der Versicherung eine sogenannte Pandemie-Versicherung abgeschlossen hat. Man hat wahrscheinlich nicht gedacht, dass es einmal so weit kommen wird und jetzt ist es tatsächlich so weit gekommen. Diese Leistung ist also aufgrund

dieser speziellen Pandemie-Versicherung geflossen. Dies sind 50'000 Franken, welche der Sportzentrum Worb AG ausbezahlt wurden, als Folge von diesem Vorfall, welcher wir hier erlebt haben. Die Frage betreffend dem Kredit: Es ist einfach der Bankkredit, welcher durch den Bundesrat Maurer in die Wege geleitet wurde. Da konnte man auch einen gewissen Betrag beanspruchen. Wie hoch dieser Betrag ist, weiss ich nicht. Da müssten wir nachfragen.

Fivian Bruno, SVP: Danke Niklaus. Dies heisst also, man hat den Kredit beantragt? Mich verwundert dies ein wenig, weil weiter unten aufgeschrieben ist, dass der Gemeinderat der Meinung ist, dass die üblichen Subventionen eigentlich genügen sollten.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Noch zum Kredit, da wurde mir gerade gesagt, dass es 250'000 Franken waren, welche man abgeholt hat. Dies kann ich dazu noch sagen. Zu deiner Aussage, da stehen wir vom Gemeinderat dazu.

Fivian Bruno, SVP: Danke. Dies bedeutet also, dass der Gemeinderat, wenn es einen Insolvenzfall geben würde, hier sofort wieder einspringen würde, obschon man eigentlich dem Volk versprochen hat, dass der jährliche Kredit von 780'000 Franken genügen werde.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Also wir sind nicht eingesprungen, in keiner Art und Weise. Dies müssen wir je nach Antrag ansehen. Ohne zu wissen, werden wir nichts in Aussicht stellen. Da müsste zuerst ein entsprechendes Gesuch eintreffen. Vorher können wir nichts sagen. Wir hatten keine Haltung dazu. Die Frage kann ich so nicht beantworten.

Fivian Bruno, SVP: Gut. Es verwundert mich aus diesem Grunde, dass der Gemeinderat sich eigentlich einig ist, dass die Subventionen genügen sollten. Es ist hier eigentlich auch so aufgeschrieben. Item, es ist in Ordnung für mich.

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur Interpellation der SVP-Fraktion mit dem Titel "Wislepark" wird Kenntnis genommen.

"Gemeindewahlen 2020", Interpellation der SVP-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung Nr. 396	Datum 29.06.2020	Traktandum 3	Beschlussnummer 2017/21-271	Geschäftsnummer 32967	Archivnummer 11/13
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Fivian Bruno, SVP: Auch hier besten Dank für die Ausarbeitung von dieser Stellungnahme. Wir sind von dieser Antwort befriedigt.

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur Interpellation der SVP-Fraktion mit dem Titel "Gemeindewahlen 2020" wird Kenntnis genommen.

"Änderung "Vergabesentiment" zu Gunsten ortsansässiger KMU", Interpellation der SVP-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung Nr. 396	Datum 29.06.2020	Traktandum 4	Beschlussnummer 2017/21-272	Geschäftsnummer 32964	Archivnummer 12/30
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Fivian Bruno, SVP: Ein weiterer Dank an den Gemeinderat und an die Verwaltung für die Ausarbeitung von dieser Antwort. Wir sind mit dieser Antwort zufrieden. Es war von allem Anfang an klar, dass es hier formell nichts zu ändern gibt. Daher auch das Wort Sentiment im Titel. Wir sind froh, dass dieses Thema auch in anderen Gremien und in den Medien ausführlich umworben wurde. Es hat bestimmt genau zu dem geführt, was wir wollten, nämlich dass die entscheidenden Funktionäre jetzt das Gefühl haben, dass ihnen das Gewerbe über die Schulter schaut. Wir verlangen keine Diskussion und erachten die Interpellation als erfüllt.

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur Interpellation der SVP-Fraktion mit dem Titel "Änderung Vergabesentiment zu Gunsten ortsansässiger KMU" wird Kenntnis genommen.

"Worb in der ausserordentlichen Lage: Neubeurteilung der Finanzlage", Postulat der FDP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 396	29.06.2020	5	2017/21-273	32961	21/0

Detailberatung

Suter Michael, FDP: Corona hat der Wirtschaft viel abverlangt. Gewerbler haben in der letzten Zeit um ihre Existenz gekämpft. Wir alle zusammen müssen diese Naturkatastrophe bewältigen. Sie war eben nur mittelbar für viele eine Naturkatastrophe. Unmittelbar haben sie sich dann ganz direkt behördlichen Massnahmen gegenübergesehen, wo man ihre Betriebe schliessen musste. Familien mussten ihre persönliche Planung ganz fest reorganisieren. Businesspläne mussten angepasst werden. Es wäre mit diesem Hintergrund ein falsches Signal, wenn im öffentlichen Sektor mit diesem Hintergrund so wie bisher weitergearbeitet würde. Die FDP anerkennt jedoch, die ausserordentliche Arbeit, welche die Gemeindeverwaltung unter der Leitung des Gemeinderates während der ausserordentlichen Lage gemacht hat. Männer und Frauen, dies war nicht einfach, danke für alles, was ihr gemacht habt, für alle Schutzkonzepte, welche ihr durchgesetzt habt und für die Informationen, die ihr an die Bevölkerung hingetragen habt. Aus meiner Sicht hat dies gut funktioniert. Jetzt geht es jedoch weiter und jetzt müssen wir sehen, was wir sinnvollerweise und verhältnismässigerweise machen können. Hierzu zwei, drei Anregungen von Seite der FDP. Einerseits ist es sicher so, dass man die kurz- und mittelfristigen Finanzplanungen ganz genau ansehen muss. Dazu haben wir konkrete Anhaltspunkte in der Botschaft als Antwort auf unseren Vorstoss. Auch dafür möchte ich mich bedanken. Wir können im Moment noch nicht abschätzen, dies hat die FDP auch nicht erwartet, wohin die Reise finanziell geht. Aber wir können uns vorbereiten. Wir können entsprechend in Szenarien und Varianten denken und wir müssen nach dem heutigen Kenntnisstand leider auch eine Variante "Schwarz" ausarbeiten. Genau dies verlange ich hier im Namen von meiner Fraktion, dass man einfach auch schaut, wo die Reise hingehet, wenn massgebliche Steuerausfälle im nächsten Jahr, dies heisst im Budget 2021, eintreffen. Eine entsprechende Variante müsste vorliegen, ausgearbeitet werden und mindestens in der Finanzkommission allenfalls sogar hier im Parlament diskutiert werden. Dafür braucht es jedoch keinen weiteren Antrag von Seite der Fraktion. Dies wurde zumindest mittelbar vom Finanzdepartement zugesichert. Dann sind wir auch der Meinung, dass man mit dem Ausgabenwachstum sehr zurückhaltend sein muss, dass man allenfalls bei der Gemeindeverwaltung sogar über einen Einstellungsstopp nachdenken müsste. Mir ist völlig klar, dass diverse Bereiche von der Gemeindeverwaltung viel Arbeit haben und zusätzliche Arbeit hatten während der Corona-Krise. Nicht anders ist es in der Privatwirtschaft gegangen. Auch dort sind sehr viele mit einem Einstellungsstopp konfrontiert. Lehrabgänger, Kaufleute zum Beispiel haben eine sehr schwierige Situation, wenn sie jetzt auf den Arbeitsmarkt kommen. Niemand stellt Leute ein. Da erwarte ich doch auch, dass man im Gemeinwesen die nötige Zurückhaltung übt. Ich möchte jedoch nochmals mit einem Dank für die äusserst wohlwollende Botschaft abschliessen, welche hier verfasst wurde. Ich weiss, auch dies hat schlussendlich Mehrarbeit verursacht. Wir schätzen dies, dass ihr euch diese Zeit genommen habt, um unsere Fragen zu beantworten und die Krise auch politisch ins Licht zu rücken. Ich möchte mich nochmals ganz herzlich für das Engagement der Verwaltung und der Regierung bedanken.

Goetschi Thomas, SP+Grüne: Ich gehe direkt auf die einzelnen Punkte des Postulats der FDP-Fraktion ein. Erster Punkt, die Frage zu den Konsequenzen wirtschaftliche Entwicklung (Steuererträge) wurde beantwortet. Ich danke dafür auch dem Gemeinderat. Zweiter Punkt, die Finanzlage der Gemeinde wird mittels des Finanzplans jährlich neu beurteilt. Das wird schon gelebt. Es besteht kein Handlungsbedarf. Wir sehen es beim dritten Punkt betreffend Neupriorisierung / Verzichtsplanung Investitionsprojekte gleich wie der Gemeinderat. Wir erachten es ebenfalls nicht als sinnvoll, in der Krisensituation bei Investitionsvorhaben zu sparen. Wir finden es gut, dass Investitionen mit ausgewiesenem Bedarf und entsprechendem Vorbereitungsstand rasch ausgelöst werden und so die Wirtschaft angekurbelt wird. Das Kostensenkungspotenzial bei der Gemeindeverwaltung erachten wir als ausgeschöpft. Die Gemeindeverwaltung arbeitet effizient und motiviert und so soll es bleiben. Was sich die FDP unter "generelle Steuerentlastungen als Wirtschafts- und Bürgerhilfen" konkret vorstellt, wissen wir wie der Gemeinderat auch nicht. Die Fakten sind klar. Wir kennen keine Wirtschaftsförderung auf kommunaler Ebene und verfügen auch nicht über ein Budget, um rasch Geld sprechen zu können. Zudem denken wir, dass Steuerentlastungen nicht helfen und dass die Bundeshilfen reichen dürften, um den Unternehmen zu helfen. Zusammengefasst ist es so: Alles, was wir aus dem Vorstoss gut finden, wird bereits gemacht. Was uns sehr freut. Und das, was wir schlecht finden, wollen wir natürlich nicht unterstützen. Die Fraktion SP+Grüne wird den Vorstoss als nicht erheblich erklären.

Beschluss:

Das Postulat der FDP-Fraktion mit dem Titel "Worb in der ausserordentlichen Lage: Neubeurteilung der Finanzlage" wird als nicht erheblich erklärt.

"Steuereinnahmen", Motion der SVP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 396	Datum 29.06.2020	Traktandum 6	Beschlussnummer 2017/21-274	Geschäftsnummer 32952	Archivnummer 21/10
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Fivian Bruno, SVP: Auch hier danken wir der Verwaltung für die Ausarbeitung von dieser Antwort zur Motion. Wir haben diese eingereicht, weil wir davon ausgehen, dass die Steuereinnahmen aufgrund von diesem Konjunkturunbruch, welchen wir erleben werden, erheblich zurückgehen werden. Da ist ja klar, dass wir auf die Dauer Möglichkeiten haben müssen, um dem auf der Ausgabeseite entgegenwirken zu können. Wir wollten, dass sich der Gemeinderat Gedanken darüber macht. Ich glaube, dies haben wir in Anbetracht von dieser Hochrechnung aus dem Finanzdepartement erreicht. Aus informeller Hinsicht ist es so, dass wir die Sache mit dem Budget verstanden haben. Dies ist klar. Daher sind wir auch bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und allenfalls den Punkt 3 zu streichen.

Beschluss:

Die in ein Postulat umgewandelte Motion der SVP-Fraktion mit dem Titel "Steuereinnahmen" wird als nicht erheblich erklärt.

"Arbeitslose", Interpellation der SVP-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung Nr. 396	Datum 29.06.2020	Traktandum 7	Beschlussnummer 2017/21-275	Geschäftsnummer 32965	Archivnummer 31/60
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Fivian Bruno, SVP: Herzlichen Dank für das Ausarbeiten von dieser Stellungnahme. Man sieht also die Tendenzen bei der Arbeitslosigkeit. Also nicht ganz unbegründet.

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur Interpellation der SVP-Fraktion mit dem Titel "Arbeitslose" wird Kenntnis genommen.

"Kurzarbeit", Interpellation der SVP-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung Nr. 396	Datum 29.06.2020	Traktandum 8	Beschlusnummer 2017/21-276	Geschäftsnummer 32966	Archivnummer 31/60
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Fivian Bruno, SVP: Herzlichen Dank. Wir sind auch hier von der Antwort befriedigt.

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur Interpellation der SVP-Fraktion mit dem Titel "Kurzarbeit" wird Kenntnis genommen.

"Massnahmen der Gemeinde Worb zur Linderung der Auswirkungen der Corona-Pandemie", Postulat der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 396	Datum 29.06.2020	Traktandum 9	Beschlusnummer 2017/21-277	Geschäftsnummer 32957	Archivnummer 52/2
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	----------------------

Detailberatung

Federer Guido, SP+Grüne: Als erstes möchte ich das riesige Engagement von vielen Worberinnen und Worbern in verschiedensten privaten Initiativen wie auch in den bestehenden Organisationen herausstreichen und mich im Namen von unserer Fraktion herzlich dafür bedanken. Speziell möchte ich dabei ohne Anspruch auf Vollständigkeit natürlich Worb hilft Worb, die Jugendarbeit, die Spitex und auch die Kirchgemeinden erwähnen. Als wir den Vorstoss im Mai eingereicht haben, waren die Fallzahlen in der Schweiz bereits stark zurück gegangen. Ich habe dann gedacht, die heutige Sondersitzung und die Behandlung von unserem Vorstoss käme zu spät und hätte kaum noch Relevanz. Mittlerweile steigen jedoch die Fallzahlen auch in der Schweiz wieder an und es ist eine zunehmende Sorglosigkeit von den Leuten im Umgang mit den Massnahmen zu beobachten. Ich befürchte, dass wir in naher Zukunft wieder viele Fälle sehen werden und erachte die Gefahr von einer zweiten Welle als relativ hoch. Die erste Welle hat uns unvorbereitet getroffen. Jetzt ist jedoch noch Zeit, sich auf eine allfällige zweite Welle vorzubereiten. Für die Milderung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie stehen auf Bundes- und Kantonebene verschiedene Instrumente vor allem finanzieller Natur zur Verfügung. Auf der Seite von der Unterstützung von der sozial schwachen Bevölkerungsgruppe kann die Gemeinde hingegen einen echten Beitrag leisten. Unser Postulat schlägt Massnahmen in diesem Bereich vor, welche zudem noch kostengünstig sind. Wenn das Geld knapp wird, ist der Gang auf die Sozialhilfe nicht für alle möglich. Unsere Forderung nach einem Solidaritätsfonds zielt auf diese Bevölkerungsgruppe. Wir begrüssen es daher auch, das geprüft werden soll, ob verschiedene alte Fonds, wo noch Geld herumliegt, für diesen Zweck angezapft werden könnten. Ich habe gestern auf der Homepage der Gemeinde Worb die Corona-Sonderseite gesucht und bin nicht fündig geworden. Wenn man bei der Suche "Corona" eingibt, dann kommen die 20 Einträge. Aber eine offensive Information sieht aus meiner Sicht anders aus. Aus meiner Sicht müsste die Gemeinde ihre Instrumente, zum Beispiel die Worber Post oder die Plakatständer an den Ortseingängen, noch viel intensiver nutzen insbesondere jetzt, wo wir einen erneuten Anstieg der Fallzahlen verhindern müssen. Wenn die Gemeinde damit mithelfen kann, einen zweiten Lockdown zu verhindern, lohnt sich dieser Aufwand längstens. Es braucht auch verschiedene Informationskanäle, weil man nicht alle Leute über den gleichen Kanal sprich über die Internetseite erreichen kann. Dann noch eine Bemerkung zur Freiwilligenhilfe. Da geht es nicht darum, dass die Freiwilligenarbeit eins zu eins abgegolten werden soll. Es soll jedoch nicht sein, dass Private und Organisationen, welche einen Sondereffort leisten, auf zusätzlichen Kosten sitzen bleiben. Wir haben im Zusammenhang mit der Freiwilligenarbeit auch ein Inserat in der Worber Post von der Jugendarbeit mit dem Dank an alle Freiwilligen sehr geschätzt. Wir begrüssen es, dass der Gemeinderat die Alinea eins,

zwei und drei als erheblich erklären will. Wir sind jedoch der Meinung, dass alle Punkte wichtig sind und bitten euch, dem Postulat wie vorliegend zuzustimmen.

Fivian Bruno, SVP: Wir haben das Postulat angesehen und für mich enthält dies zu viele verschiedene Punkte. Vielleicht wäre es besser gewesen, ihr hättet auch sechs Postulate gemacht. Insofern stelle ich den Antrag, dass man die einzelnen Punkte von a bis g einzeln zur Abstimmung bringt. Es enthält Punkte, welche ich aus meiner Sicht unterstütze und es hat andere Punkte, bei welchen ich nicht ganz einverstanden bin.

Jost-Pfister Catarina, GLP/BDP: Ich möchte mich dort gerne anschliessen, dass man dies einzeln ansieht. Wir haben dies angesehen und können nicht einstimmig zu allem ja sagen.

Suter Michael, FDP: Ich kann mich meinen Vorsprechern anschliessen. Erstens bei seinem Dank, wo er ausgesprochen hat an sämtliche Akteure, welche in irgend einer Form mitgemacht haben. Dies war wirklich ein Zeichen, dass wir sehr dezentral unterwegs sind in der Schweiz. Dies ist gut so. Dies zeichnet unsere Krisenbewältigung aus. Zweitens kann ich ebenfalls sagen, da rennst du bei mir offene Türen ein, einander die Hand im Moment nicht geben, etwas mehr Distanz halten als nötig, dies kostet alles nichts. Informieren kostet wenig und wenn wir dadurch weitere wirtschaftliche Einschränkungen im Herbst verhindern können, dann müssen wir dies unbedingt machen. Klar nicht nur den Appell an den Gemeinderat sondern an alle hier im Saal, wir sind Botschafter und Vorbilder als Politiker, ich hoffe dies zumindest, dass man nach wie vor so wahrgenommen wird, vielleicht ist dies manchmal eine Illusion. Aber wir sind Botschafter und Vorbilder in der Bevölkerung und wir müssen immer wieder werben für die Krisenbewältigung hier in der Gemeinde. Es ist ganz wichtig, dass man der Bevölkerung immer wieder erklärt, um was es geht, so dass wir weitere Massnahmen im Herbst verhindern können. Heutzutage kämpfen wir als Vorbilder und Botschafter gegen Facebook und dort irgendwelche Verschwörungstheoretiker. Diese sind oftmals lauter als wir hier im Saal. Darum ist es wichtig, geht nach draussen und erklärt den Leuten, worum es geht. Auch dort meine volle Zustimmung. Jetzt habe ich doch noch ein paar Sachen zum Inhalt. Ich beginne damit, was auch die FDP-Fraktion gut findet. Mit diesem Hintergrund, würden auch wir eine getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte begrüssen. Zu den Mieten und Steuern ist hinlänglich bereits bekannt, dass dies eidgenössisch geregelt ist oder geregelt werden sollte. Also kann man im Moment ohne Verzugsfolgen die Steuerrechnung nicht bezahlen. Dies sollte jetzt nicht als allgemeiner Aufruf verstanden werden, aber einfach als Hinweis. Dies muss sicher die Gemeinde dort auch nachvollziehen. Weiter nochmals zur Freiwilligenarbeit. Auch dort würden wir es sehr begrüssen, wenn man diesen Leuten danke sagt. Dies allerdings nicht mit Geld sondern mit einem Anlass. Freiwilligenarbeit zeichnet sich ja dadurch aus, dass diese eben in Frondienst geleistet wird oder mit einer geringfügigen Entschädigung. Auch dies machen wir alle hier drinnen. Darum ist es aus meiner Sicht nur sachgerecht, wenn man diese Tradition nicht aufgibt, sondern mit dieser lebt. Man kann sich jedoch durchaus vorstellen, dass man einen Anlass auf der Gemeindeverwaltung unterstützt allenfalls sogar unter Einbezug des Parlaments. Aber da ist schlussendlich der Gemeinderat zuständig. Was die FDP eher ablehnt, sind zusätzliche Solidaritätsfonds. Wir sind nicht etwa asozial unterwegs, aber es besteht bereits ein sehr dichtes Netz. Es wurden weitere Netze gespannt und diese Netze haben doch Griffe. Was wir weiter ablehnen, sind Einkaufsgutscheine für das lokale Gewerbe, weil es im Ergebnis nichts anderes ist als Helikoptergeld und wir nicht der Meinung sind, dass dies einen massgeblichen Impakt hat, wenn man schlussendlich im tiefen fünfstelligen oder allenfalls im tiefen sechsstelligen Bereich das lokale Gewerbe unterstützt. Solche Effekte verpuffen sehr schnell. Dies meine einzelnen Voten zu den Punkten. Schlussendlich noch eine kurze Bemerkung zum Fraktionssprecher Thomas Goetschi von der SP. Da muss ich mir dennoch eine kurze Replik erlauben. Du hast auf der einen Seite vorhin gesagt, dass man auf der Gemeindeebene keine Wirtschaftspolitik betreiben kann. Mit diesem Vorstoss hier forderst du dennoch einen zusätzlichen Solidaritätsfonds. Dies beisst sich für mich etwas.

Beschluss:

Antrag der SP+Grüne-Fraktion: Alle Punkte des Postulats als erheblich erklären.

Antrag SVP: Die Punkte einzeln zur Abstimmung bringen und als erheblich erklären lassen.

Der Antrag der SP+Grüne-Fraktion wird dem Antrag der SVP-Fraktion gegenüber gestellt.

Der Antrag der SVP-Fraktion obsiegt mit 25 zu 11 Stimmen.

Abstimmung über die einzelnen Alinea des Vorstosses:

Alinea 1

Sofortige Gründung eines Solidaritätsfonds für Personen und Familien in einer prekären wirtschaftlichen Situation.

Beschluss zu Alinea 1:

Das Alinea 1 wird mehrheitlich als nicht erheblich erklärt.

Alinea 2

Einführung von vergünstigten Einkaufsgutscheinen nach Vorbild von Oberdiessbach (einlösbar in Worber Geschäften) für Personen und Familien mit geringem Einkommen.

Beschluss zu Alinea 2:

Das Alinea 2 wird mehrheitlich als nicht erheblich erklärt.

Alinea 3

In den letzten Wochen haben auf privater Initiative entstandene Strukturen (z.B. Worb hilft Worb) und bestehende Organisationen (z.B. Kirchgemeinden, Spitex) vielfältige Aufgaben zur Bewältigung der Krise übernommen. Die Gemeinde soll diese unterstützen und deren Arbeit angemessen würdigen. Dazu sollen auch deren (Zusatz-)Kosten übernommen oder Defizitgarantien abgegeben werden.

Beschluss zu Alinea 3:

Das Alinea 3 wird mehrheitlich als erheblich erklärt.

Alinea 4

Gesuche um finanzielle Hilfe von sozialen Organisationen, welche auf Grund der Corona-Pandemie Mehraufwendungen haben, sollen kulant behandelt werden.

Beschluss zu Alinea 4:

Das Alinea 4 wird mehrheitlich als erheblich erklärt.

Alinea 5

Informationsoffensive um die Bevölkerung über die bestehenden Hilfsangebote und Anlaufstellen (soziale, wirtschaftliche, etc.) z.B. mit Inseraten in der Worber Post oder auf Bern-Ost.

Beschluss zu Alinea 5:

Das Alinea 5 wird mehrheitlich als erheblich erklärt.

Alinea 6

Stundung oder angemessene Reduktion der Mieten von privaten Mietverhältnissen in gemeindeeigenen Mietliegenschaften sofern die Mieterinnen und Mieter in eine wirtschaftliche Notlage geraten.

Beschluss zu Alinea 6:

Das Alinea 6 wird mehrheitlich als nicht erheblich erklärt.

Alinea 7

Stundung von Steuerrechnungen (bisher werden diese einfach nicht gemahnt).

Beschluss zu Alinea 7:

Das Alinea 7 wird mehrheitlich als nicht erheblich erklärt.

Beschluss:

Vom Postulat der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Massnahmen der Gemeinde Worb zur Linderung der Auswirkungen der Corona-Pandemie" werden die Alinea drei, vier und fünf als erheblich erklärt.

Oberstufenzentrum Worboden, Sanierung Gebäudehülle; Projektierung: Kreditbewilligung

Sitzung Nr. 396	Datum 29.06.2020	Traktandum 10	Beschlusnummer 2017/21-278	Geschäftsnummer 620	Archivnummer 32/2/8
--------------------	---------------------	------------------	-------------------------------	------------------------	------------------------

Eintretensdebatte

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Bircher Andreas, GPK: Die GPK hat sich mit diesem Geschäft relativ schwer getan. Dass Gebäude saniert werden müssen, insbesondere wenn die Gebäude aus den 70er-Jahren sind und es Gebäude sind, welche im Bauinventar des Kantons als erhaltenswert eingetragen sind, dies ist für die GPK unbestritten. Die Geschichte von diesem Gebäude bzw. der Sanierung von diesem Gebäude, wo wir jetzt darin tagen, ist relativ lange und vielleicht ist dies der Grund, dass uns einige Sachverhalte nicht oder nicht mehr klar sind. 2012 wurde von den ANS Architekten und den Planern SIA eine Gesamtsanierung vorgeschlagen, die 12,6 Millionen Franken plus/minus 25 Prozent gekostet hätte. Auf diese Gesamtsanierung wurde verzichtet. Es gab Teilsanierungen wie das Flachdach, den Anschluss ans Fernwärmenetz und so weiter. Die GPK weiss, dass dies echte Sanierungen waren und nicht Flickwerke. Jetzt komme ich zum Antrag: 1. Aus dem vorliegenden Antrag für die Sanierung der Gebäudehülle geht nicht hervor, was bisher bereits gemacht wurde und was noch saniert werden muss. Sind neben der Gebäudehülle noch weitere Sanierungsmassnahmen fällig? Welche? Für die Sanierung der Fassade sind 6 Millionen Franken vorgesehen und zurückgestellt. Aus dem Antrag geht weiter hervor, dass weitere 2,2 Millionen Franken für zusätzliche Sanierungen eingestellt sind. Da fragen wir uns, für welche Sanierungen denn noch? Was ist vom Konzept von 2012 insgesamt schon realisiert und was noch nicht? 2. Warum war das ursprüngliche Sanierungskonzept plötzlich obsolet? Ist da irgendjemand gescheitert geworden? Dies ist ja nicht verboten. Oder anders gefragt, warum gibt es plötzlich ein Gegenkonzept, welches im Grunde einen Ersatz des bisherigen Konzeptes darstellt? Gibt es technisch ganz neue Sanierungsverfahren oder Möglichkeiten, welche die alten Verfahren alt aussehen lassen? Im Antrag heisst es, der Vorschlag sei aus der Verwaltung gekommen. Auch dies ist nicht verboten, aber was waren die Gründe dafür? In der GPK waren wir etwas erstaunt über den Satz, dass es im Gemeinderat eine emotionalen Debatte gegeben hat. Inhaltlich ist damit nichts ausgesagt. Ist es um Energetik, um Ästhetik oder allenfalls um beides oder um bauliche Nachhaltigkeit gegangen? Oder war es ein Gestürm um dieses elektrochrome Glas, wo niemand so genau wusste, was dies sein soll? 3. Was ist oder wäre der Vorteil der neuen Glashülle gegenüber einer eher konservativen Sanierung? Die Bauabteilung muss sich doch etwas überlegt haben. Was genau ist die Begründung für den neuen Vorschlag? Irritiert ist die GPK auch über den Hinweis der stets knappen Ressourcen in der Bauabteilung. Geht es bei diesen knappen Ressourcen um Personen oder um Finanzen, die nicht zur Verfügung stehen? Dann müsste man möglicherweise auch etwas ändern. 4. Könnten die ANS Architekten nicht auch damit beauftragt werden, ihr eigenes Konzept auf der Grundlage von neuen technischen Möglichkeiten, eben mit einer elektrochromen Glashülle, zu überdenken und zu überarbeiten? Möglicherweise braucht es dazu einen anderen Blick. Vielleicht wären die ANS Architekten betriebsblind, weil sie zu stark auf ihren alten Entwurf fokussiert wären. Dies steht jedoch nirgendwo. Dies sind nur Vermutungen, welche wir haben. Darum soll möglicherweise ein Wettbewerb ausgeschrieben werden. Zusammengefasst: Was ist denn eigentlich das Ziel eines Wettbewerbs zu der Sanierung? Dass man eine Fassade wetterbedingt erneuern muss, ist für die GPK unbestritten.

Dass man aber diese Erneuerung der Fassade zur Chance machen könnte, für die Zukunft einen Mehrwert herzustellen (energetisch, ästhetisch, baulich nachhaltig), geht aus dem Antrag nicht hervor. Aus diesem Grund schlägt die GPK vor, das Geschäft zurück zu weisen. Zu viele Fragen bleiben offen, ausser der Gemeinderat kann uns mit seinen Antworten auf diese Fragen vom Gegenteil überzeugen.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Zu diesem wichtigen Kreditantrag möchte ich folgendermassen Stellung nehmen: Auch möchte ich Stellung zu den Fragen der GPK nehmen, wo ich davon ausgehe oder hoffe, dass gewisse Fragen, welche sie gestellt haben, in meinen Erklärungen auch beantwortet werden. Als erstes seht ihr hier, was bereits gemacht wurde. Für die Gesamtsanierung von ANS im 2012 hat man einen Vorprojektkredit von ca. 112'000 Franken gesprochen. Drei von den vier Flachdächern wurden saniert. Ihr seht auch in welchem Zeitraum. Der Lehrerbereich wurde auch umgebaut und ihr seht auch wann. Wir haben noch den Beratungsbericht Gebäudeenergieausweis durch das GEAK verlangt. Dies ist im 2017 passiert. Das Vorprojekt für eine energetische Sanierung der Gebäudehülle wurde im 2018 gemacht. Der Anschluss an das Fernwärmenetz, welches man hier in Worb am Aufbau ist, wird im Juli gemacht und fertiggestellt. Ihr seht, der Projektierungskredit von 150'000 Franken, welcher im 2012 in der GR-Kompetenz gesprochen wurde, ist aufgebraucht. Wenn wir dort weiter gehen, dann seht ihr, was bereits saniert wurde. Das ist der Westtrakt und die Aula, die Sporthalle, Foyer und die Garderoben der Sporthalle. Dafür hat man einen Sanierungskredit von insgesamt 1,4 Millionen Franken geholt. Schlussendlich hat man 984'000 Franken ausgegeben für die Sanierungen von diesen drei Projekten. Man konnte dort Einsparungen von 443'000 Franken machen. Dazu ist ein Jahr später die Neugestaltung des Lehrerbereiches gekommen. Dafür hatte man einen Kredit von 831'000 Franken. Schlussendlich wurde dies für 788'000 Franken realisiert. Man konnte dort auch Einsparungen von über 40'000 Franken machen. Wir gehen weiter. Ihr seht dort die ursprünglichen Berechnungen von der ANS. Es geht um das Projekt unterhalb mit dem herkömmlichen Sinn. Es wurde geschätzt, wie du es richtig gesagt hast Andreas, dass die Gesamtsanierung 12,5 Millionen Franken kostet. Heute sind wir nicht mehr auf diesem hohen Soll, da wir einige Sachen bereits gemacht haben. Zusätzlich hat man im 2018 gesagt, dass es nicht sein kann, dass wir nur mit einem Projekt den Kredit holen kommen. Vielleicht gibt es ja neuere Varianten, neuere Techniken, welche man anwenden könnte, um dieses Schulhaus zu sanieren. Dann haben wir im 2018, ihr wisst es, einen Projektleiter Hochbau, Udo Färber, angestellt. Udo Färber hat dann dieses Vorprojekt mit dem elektrochromen Glas erstellt. Also ganz etwas neues und etwas ganz anderes, als weitere Variante um dieses Schulhaus Worboden zu sanieren. Er hat das ganze Vorprojekt und eine Kostenschätzung dazu gemacht. Andererseits hatten wir noch eine Kostenschätzung von der herkömmlichen Sanierung von 6,5 Millionen Franken. Für die Variante kamen wir auf eine Kostenschätzung von 5,9 Millionen Franken. Wir sind dann mit diesen beiden Projekten in den Gemeinderat gegangen. Ich komme nun zu deiner Anmerkung, warum es eine emotionale Diskussion gegeben hat im Gemeinderat. Die Köpfe hatten etwa eine ähnliche Farbe, wie das Schulhaus jetzt hier hat. Dies ist halt so und gehört auch dazu im Gemeinderat, dass man auch emotional werden kann. Dies ist eigentlich kein Problem. Dies hat auch dazu geführt, dass wir gemerkt haben, wenn es schon im Gemeinderat solche Differenzen gibt, wohin der Weg gehen soll, dass wir einen Schritt zurück machen müssen. Wir können nicht mit diesen Projekten einfach so kommen und denken der GGR winkt schon eines von diesen durch. Wie ich schon gesagt habe, mussten wir einen Schritt zurück machen. Wir wollten auch Lösungen bringen, welche dann auch mehrheitsfähig sind und dann auch gute Lösungen darstellen. Hier steht nun, was noch gemacht werden muss. Dies ist die Gesamtsanierung der Gebäudehülle, der Austausch der Elektrotechnik und die Sanierung der Lüftung. In diesem Zusammenhang kommt es dann auch, dass die Kostenschätzung dann etwas höher kommt. Daher wurden noch zusätzliche 2 Millionen Franken in der Finanzplanung eingestellt. Also sind wir bei 6 Millionen plus die 2 Millionen Franken, welche dort abgebildet sind, was noch gemacht werden muss. Zur Frage, warum es jetzt diesen Projektierungskredit braucht. Wir beantragen für diesen Studienauftrag einen Kredit von etwas über 200'000 Franken, weil wir uns erhoffen, dass wir in einem Wettbewerb die beste Lösung für die Sanierung der Gebäudehülle hier im Worboden hinbekommen, welche dann auch wirklich breit abgestützt wird. Und nicht nur von einem Architekturbüro oder aus der Verwaltung selber kommt, sondern auch von Fachleuten begleitet werden kann und Ideen dahinter sind, dass es zu einem sauberen Projekt führt, mit welchem wir in die Abstimmung im GGR und beim Volk gehen können. Die Kreditbewilligung liegt in der Kompetenz des Volkes. Wir wollen eine Optimierung der Sanierungs- und Betriebskosten erreichen und die aktuellen Energievorschriften und Baustandards einhalten. Wir wissen vom ersten Studienauftrag von ANS nicht, ob dies noch ausreicht zum heutigen Zeitpunkt. Es ist ziemlich sicher, dass dies nicht mehr ausreicht und wieder neu gemacht werden muss. Dann habt ihr gehört, dass der Heimatschutz das Gebäude als ortsprägendes Baudenkmal und als erhaltenswert eingestuft hat. Dadurch ist die

Sanierung eine sehr emotionale Sache, weil es um das Erscheinungsbild geht, wie das Gebäude daher kommen soll. Eine grosse Herausforderung und was sicher auch Kosten verursacht, ist die Sicherstellung des Schulbetriebes während der Bauphase. Es ist so, dass wir bei diesem Projekt, welches wir auf der Bauverwaltung mit dem elektrochromen Glas erarbeitet haben, auch die Planungskommission involviert haben. Mit der Planungskommission sind wir dann auch das Gebäude von Kästli Bau in Rubigen anschauen gegangen. Diese haben dort eine solche Gebäudehülle. Dort haben wir auch schon bemerkt, dass bei der Planungskommission Fragen aufgetaucht sind. Sie sahen dies grundsätzlich schon, aber es kamen Sachen wie zum Beispiel "die Gebrauch- und Langzeitauglichkeit der verwendeten Glasfassade zum Beispiel bei elektrochromen Glas ist nachgewiesen. Dabei sind Aspekte, wie die Reinigung und den Zeitbedarf für die Glasabtönung, die Lichtverhältnisse (muss im Gebäude immer Licht brennen) zu berücksichtigen." Dies war nur ein Punkt. Es waren sehr viele Fragen auch von Seite Planungskommission. Ist dies alles abgeklärt und hat man schon Erfahrungswerte? "Die Innendämmung bei den Sichtbetonteilen der Schmalfassade ist als Variante zur Aussendämmung zu prüfen." Ein Bauphysiker müsste man also auch hinzuziehen. Es geht um den Vogelschutz, um die gedeckte Pausenallee. Es ist natürlich so bei einem elektrochromen Glas, wenn alles Glas ist, dass die Erwärmung ein Thema ist, die höheren Temperaturen, die es immer gibt. Man muss sich auch gegen die Hitze schützen können. Ist dies gewährleistet? Da man noch nicht viele Erfahrungen mit solchen Gebäudefassaden hat, ist man auf viele Fragezeichen gestossen. Dies war auch wieder ein weiterer Grund, dass wir sagen mussten, wir müssen dort einen anderen Weg gehen. Ein weiterer Punkt ist noch die Frage, wie wir weiter vorgehen möchten. Wir wollen ein Programm zum Studienauftrag und unter anderem auch einen Anforderungskatalog erstellen. Die Programmgenehmigung wäre dann wieder durch den Gemeinderat und eine Kenntnisnahme durch den GGR. Dann wäre die Durchführung des Studienauftrages im selektiven Verfahren. Dies müssen wir schon nur aufgrund der hohen Bausumme so machen. Dann wäre die Wahl des Siegerprojektes durch die Jury. Und zum Schluss wäre noch der Antrag zum Ausführungskredit an den GGR und die Stimmbewölkerung vorgesehen. Die ganzen Unterlagen mit dem Studienauftrag und den Kosten, dem Vorprogramm und was dies alles beinhaltet, ist auf der Bauverwaltung aufgelegt. Man konnte dort Einsicht nehmen. Im Nachhinein muss ich noch Kritik äussern zur GPK. Wenn so viele Fragen offen sind, kann man sich auch an den Gemeinderat oder die Bauverwaltung wenden, dass man von unserer Seite her dazu Stellung nehmen kann. Wir sind von unserer Seite her immer bereit, in die Kommissionen zu kommen und zu gewissen Fragen, welche anstehen, Stellung zu nehmen. Dies sind die Gründe, warum wir hier mit diesem Antrag stehen. Dies ist ein wichtiges Projekt und wir möchten auch vorwärts kommen. Ihr habt es gehört, seit 2012 ist man hier dran. Wenn ihr dies zurückweist oder dem nicht zustimmt, dann ist wirklich die Frage, ob man es so sanieren muss, wie es hier steht mit "Pflästerliwirtschaft" und man dort rangeht, wo es nicht dicht ist. Wir müssten genau schauen, wie man hier vorwärts gehen möchte. Eine Lösung gibt es natürlich immer, aber wir möchten hier eigentlich für dieses Schulhaus die bestmögliche Lösung bringen. Dies sehen wir darin, wenn wir diesen Studienauftrag heraus geben. Wir denken, diese 200'000 Franken sind gut investiertes Geld für ein Sanierungskonzept, welches über 6 Millionen Franken kostet.

Jorio Marco, GLP/BDP: Also ich muss ehrlich sagen, ich habe noch selten eine Vorlage gesehen, welche so unklar und lückenhaft ist. Bruno hat jetzt zwar einiges gesagt, aber an die Adresse des Gemeinderates, dies gehört in die Vorlage. Einiges wurde geklärt, aber dies fehlt alles in der Vorlage, wo wir bekommen haben. Es ist offensichtlich, dass innerhalb von der Verwaltung viel abgelaufen ist. Davon haben wir natürlich bis jetzt noch nichts gewusst. Jetzt werden wir mit einem Kreditgesuch überrumpelt, wo eigentlich mehr Fragen aufwirft, als es beantwortet. Warum uns der Gemeinderat mitteilt, dass es eine sehr emotionale Debatte gegeben hat, ist uns schleierhaft. Dies tönt nach einem riesigen Krach und macht uns auch hellhörig. Wir finden, dass der Gemeinderat solche internen Differenzen für sich behalten soll. Schliesslich ist es eine Kollegialbehörde und es gehört dazu, dass man miteinander streitet. Wir haben eine ganze Reihe Fragen und Mängel. Ich möchte sie nicht alle einzeln aufzählen. Die GPK hat diese zum Teil schon gebracht und zum Teil wurden sie auch beantwortet. Uns scheint ganz wichtig, dass man eine saubere Zwischenbilanz macht und uns dies nicht erst an der Sitzung vorzeigt, auch was es bis jetzt gekostet hat. Schliesslich dürfen wir nicht vergessen, wir haben schon einmal 102'000 Franken ausgegeben für ein Sanierungskonzept und jetzt kommen nochmals über 200'000 Franken dazu. Uns ist immer noch nicht klar, warum man das Sanierungskonzept von 2012 nicht mehr weiterführen können. Warum ist denn die Fassadensanierung von damals nicht mehr brauchbar? Dies ist auch heute Abend nicht herausgekommen. Was ist eigentlich die Rolle von den ANS Architekten? Sind diese eigentlich noch im Spiel? Dann die Geschichte mit der unter Schutz Stellung. Dies ist nicht der Heimatschutz

sondern der Denkmalschutz. Was hat dies mit der Sanierung zu tun? Welchen Einfluss hat dies auf die Sanierung? Dies rein als Einzelinformation ohne Bezug zum Projekt. Unsere Fraktion tritt immer vehement für den Abbau des Investitionsstaus ein. Jetzt gerade vor allem in der Corona-Zeit. Darum werden wir dem nächsten Kreditgesuch zum Beispiel zustimmen. Auch die Sanierung des Schulhaus Worboden ist klar und dringend. Darüber müssen wir nicht sprechen. Bitte lieber Gemeinderat, leg uns eine klare Vorlage vor, welche wir einigermaßen nachvollziehen können und auch miliztauglich ist. Darum unterstützen wir den Rückweisungsantrag der GPK und hoffen, dass der Gemeinderat mit einem guten Projekt möglichst rasch wieder kommt.

Von Arx Roland, SP+Grüne: Mit dem vorliegenden Projekt Studienauftrag sollen die beiden bestehenden Konzepte neu beurteilt und überarbeitet werden. Dies ist soweit klar. Dazu soll basierend auf einer Vorgabe von einem Wettbewerbsprogramm ein Verfahren nach SIA 143 durchgeführt werden. Diesem Verfahren sollten wir jetzt zustimmen und nochmals zusätzlich zu den bereits ausgegebenen 150'000 Franken nochmals 234'000 Franken bewilligen, ohne dass wir genau die Vorgaben kennen. Für die Fraktion SP+Grüne ist nicht klar, was wir am Schluss für die Planungskosten von insgesamt 384'000 Franken, wenn es dann bei diesen bleibt, erhalten. Wir haben daher die folgenden Fragen: Hat der Gemeinderat bereits einen Grundsatzentscheid getroffen, ob primär das heutige Erscheinungsbild erhalten werden oder ob die energetische Sanierung Priorität haben soll? Wie kann sichergestellt werden, dass am Ende des geplanten Wettbewerbes ein gutes und realisierbares Projekt steht? Wie lautet die Aufgabenstellung und das Wettbewerbsprogramm? Was sind die Anforderungen bezüglich der Denkmalpflege, Minergie-Standard, Lüftung, Komfort für den Schulbetrieb oder bezüglich Betriebs- und Unterhaltskosten, welche auf uns zukommen? Gibt es Vorgaben bezüglich der zu verwendenden Baumaterialien? Wir haben den Eindruck, dass man jetzt die Katze im Sack kaufen sollte. SP+Grüne unterstützen darum den Rückweisungsantrag der GPK und bitten darum, dass die Fragen und Anträge, welche wir hier gestellt haben in die Überarbeitung aufgenommen werden. Das Geschäft ist dem GGR nochmals zusammen mit dem Wettbewerbsprogramm vorzulegen. Dies muss dann über die Aufgabenstellung, die Anforderungen und Vorgaben von diesem Geschäft Auskunft geben.

Stucki Daniel, FDP: Ich muss ganz ehrlich sagen, ich komme nicht nach und ich glaube, ich bin nicht der Einzige. Es sind so viele Fragen offen, welche heute nicht geklärt wurden. Als Beispiel 150'000 Franken hast du vorhin gesagt, Bruno, seien veranschlagt worden und 102'000 Franken wurden gebraucht, steht hier in der Botschaft. Wo sind die 47'000 Franken, welche fehlen? Dies steht nirgendwo. Eben ich komme nicht nach. Daher wird die FDP-Fraktion die Rückweisung unterstützen. Zusätzlich würden wir sogar fordern, einen Plan B ins Leben zu rufen. Was passiert, wenn dieser Planungskredit abgelehnt wird.

Wermuth Bruno, Departmentsvorsteher Bau: Danke, für eure kritischen Voten. Danken kann ich nicht gerade für die Rückweisungsanträge oder dass ihr sie unterstützt. Zu Marco Jorio: Der Gemeinderat ist ein Gremium, welches auch debattiert und auch intensiv debattiert. Dies ist für uns kein Problem, wenn es heisst, es seien Emotionen da gewesen. Es darf auch emotional sein und nach der Sitzung sind wir auch wieder zusammen etwas trinken gegangen. Wir können zusammen diskutieren und das gehört dazu und da habe ich überhaupt kein Problem damit, wenn man dies so kommuniziert. Wir können dahinter stehen. Dies ist überhaupt kein Problem. Das Andere, wo noch von der FDP gesagt wurde, ist die Differenz von den 112'000 zu den 150'000 Franken. Es ist so, dass wir natürlich das interne Projekt, die Stunden und alles was man gemacht hat, auch verrechnet. Dies muss auch bezahlt werden. Wir haben dies nicht einfach unter den allgemeinen Kosten der Verwaltung laufen lassen. Man hat dies also auch aufgerechnet. Die GEAK-Studie und alles rundherum musste man auch bezahlen. Energetische Kontrollen und Studien musste man auch noch bezahlen. Damit wurde eigentlich der ganze Kredit von ca. 150'000 Franken dann auch aufgebraucht. Eine weitere Frage von Marco Jorio war noch, ob man die Sanierung nicht nach dem ersten Projekt, welches durch ANS erstellt wurde, vornehmen kann. Da muss ich ganz klar nein sagen, dies kann man nicht. Es gibt neue Bestimmungen und neue Gesetze und daher muss anders gebaut werden. Schon energetisch gibt es heutzutage eine ganz andere Gesetzgebung. Also kann man dies nicht mehr eins zu eins so übernehmen. Schlussendlich ist es so, wir kommen hier den Kredit holen, weil wir aufgrund von diesem Kredit den Wettbewerb durchführen möchten. Und es ist so, es gibt viele Fragen, welche auch hier im Raum stehen, welche dann durch den Prozess beantwortet werden. Mit dem Siegerprojekt kommt man dann auch wieder hierher zurück, wo ihr dazu noch Stellung nehmen könnt. Ihr könnt auch noch sagen, wenn gewisse Sachen noch dazu genommen werden müssen. Oder wenn ihr sagt, das geht energetisch nicht oder vom Aussehen her. Die Fragen des Rückweisungsantrages der SP+Grüne-Fraktion konnte ich auf der Verwaltung noch abklären und kann nun dazu Stellung nehmen. Zum

Punkt, Darlegung, weshalb nach bereits sehr aufwändigen Planungsschritten keine Lösung vorhanden ist, kann ich sagen: Die Aufgabenstellung für die Gesamtsanierung des Oberstufenzentrums ist sehr anspruchsvoll und vielfältig. Man hört es schon nur aus euren Voten und Fragen heraus. Wohin geht das, wie sieht dies eigentlich aus? Das Vorprojekt von ANS Nöthiger habe ich gesagt, dies wird den energietechnischen Vorgaben von heute nicht mehr gerecht. Den Gegenvorschlag, den wir intern im 2018 mit der Glasfassade erarbeitet haben, ist energetisch sehr interessant. Führt jedoch zu einem komplett veränderten Erscheinungsbild des Baudenkmals. Es ist daher im Gemeinderat umstritten. Wie in der Botschaft erwähnt, erachtet der Gemeinderat dies als nicht zielführend und verantwortbar, mit einer der beiden Varianten in den politischen Prozess einzusteigen und auf dieser Basis einen Ausführungskredit zu beantragen. Er erachtet es als richtig, die Konzeptwahl breiter abzustützen und mit einem Studienauftrag zu klären. Mit dem Bezug der nötigen Investitionskosten von rund 8 Millionen Franken erscheint ihm dieser Schritt zurück als am sinnvollsten. Also zurück auf das Feld 1 aufgrund der Erkenntnisse, welche man gemacht hat. Man kann jetzt auch sagen, dass die Erkenntnisse von den beiden ersten Varianten nicht für nichts waren. Das Geld, welches man dort ausgegeben hat, war nicht einfach so in die Luft geworfen. Es hat einfach auch zu gewissen Erkenntnissen geführt und uns im Prozess schlussendlich auch weiter gebracht. Dann, Erläuterung und Begründung, ob primär das heutige Erscheinungsbild erhalten werden soll oder ob der energetischen Sanierung Priorität eingeräumt werden soll. Ziel des Studienauftrages ist es, dasjenige Konzept zu finden, welches die verschiedenen Anforderungen (Kosten, Betrieb, Energieeffizienz und Ästhetik) am besten erfüllt. Mit einer guten Konzeptwahl besteht das Potential ein vielfaches der Kosten des Studienauftrages einzusparen. Dies muss ja eigentlich auch unser Ziel sein. Dann noch eine weitere Frage: Darlegung, wie mit dem Studienauftrag ein realisierbares Projekt erarbeitet werden soll. Basierend auf dem Siegerprojekt aus dem Studienauftrag wird anschliessend dem Grossen Gemeinderat und der Stimmbürgerpopulation ein Ausführungskredit beantragt. Erläuterung und Begründung der Aufgabenstellung, Anforderungen und Vorgaben für das Programm der Sanierung des Schulhauses Worbboden. Unsere Antwort: Das Programm wird nach der Kreditgenehmigung umgehend erarbeitet und dem Gemeinderat zur Genehmigung unterbreitet. Dem GGR wird das Programm zur Kenntnis gebracht. Dies sind die Sachen, welche ich euch von der SP+Grüne antworten kann zu den Fragen, welche ihr gestellt habt. Ich hoffe, obwohl Rückweisungsanträge von drei Fraktionen gekommen sind, dass ihr dem Kredit so zustimmen könnt. Wir wollen aufgrund der Unterlagen und den Erkenntnissen etwas machen. Wir möchten auch, dass es hier im Worbboden vorwärts geht.

Ratspräsidentin Büchel-Wampfler Sandra: Wir würden nun über die beiden Rückweisungsanträge von SP+Grüne und von der GPK einzeln abstimmen. Es können beide angenommen werden, da sich diese gegenseitig nicht ausschliessen. Man muss sich nicht für einen entscheiden, weil sie sich in den Punkten ergänzen.

Beschluss:

Rückweisungsantrag der SP+Grüne-Fraktion:

"Die Fraktion SP+Grüne beantragt, das Geschäft an den GR zurückzuweisen. Das Geschäft ist dem GGR nochmals nach Vorliegen des Wettbewerbsprogramms vorzulegen.

- Darlegung, weshalb nach bereits sehr aufwändigen Planungsschritten keine Lösung vorhanden ist.
- Erläuterung und Begründung, ob primär das heutige Erscheinungsbild erhalten werden soll oder ob der energetischen Sanierung Priorität eingeräumt werden soll.
- Darlegung, wie mit dem Studienauftrag ein realisierbares Projekt erarbeitet werden soll.
- Erläuterung und Begründung der Aufgabenstellung, Anforderungen und Vorgaben für das Programm der Sanierung des Schulhauses Worbboden."

Der Rückweisungsantrag der SP+Grüne-Fraktion wird mit 23 zu 4 Stimmen bei 9 Enthaltungen gutgeheissen.

Beschluss:

Rückweisungsantrag der GPK:

"Die GPK erwartet eine neue Vorlage, worin folgende Sachverhalte ausführlich beantwortet werden:

- Eine detaillierte Auflistung mit dem aktuellen Stand der Sanierungsarbeiten, woraus ersichtlich ist, was seit 2012 bereits vom Konzept der ANS Architekten und Planer AG realisiert wurde und was nicht.
- Die detaillierte Beantwortung der Frage, warum das Sanierungskonzept der ANS Architekten und Planer AG für die Fassadensanierung (Sanierung Gebäudehülle) ersetzt werden muss.

- Eine ausführliche Begründung, wieso die Bauabteilung 2018 dazu kommt, einen neuen Vorschlag zu unterbreiten bei scheinbar immer knappen personellen Ressourcen.
- Eine ollständige Erklärung, warum das Gebäudehüllenkonzept nicht durch die ANS Architekten und Planer AG überarbeitet werden kann und warum eine komplett andere Fassadensanierung im Raum steht."

Der Rückweisungsantrag der GPK wird mit 23 zu 4 Stimmen bei 9 Enthaltungen gutgeheissen.

Beschluss:

Die Rückweisungsanträge von der SP+Grüne-Fraktion und der GPK werden mit je 23 zu 4 Stimmen bei 9 Enthaltungen gutgeheissen. Somit ist der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

Die Vorlage wird mit dem Auftrag, die folgenden Punkte abzuklären, an den Gemeinderat zurückgewiesen:

- Darlegung, weshalb nach bereits sehr aufwändigen Planungsschritten keine Lösung vorhanden ist.
- Erläuterung und Begründung, ob primär das heutige Erscheinungsbild erhalten werden soll oder ob der energetischen Sanierung Priorität eingeräumt werden soll.
- Darlegung, wie mit dem Studienauftrag ein realisierbares Projekt erarbeitet werden soll.
- Erläuterung und Begründung der Aufgabenstellung, Anforderungen und Vorgaben für das Programm der Sanierung des Schulhauses Worbboden.
- Eine detaillierte Auflistung mit dem aktuellen Stand der Sanierungsarbeiten, woraus ersichtlich ist, was seit 2012 bereits vom Konzept der ANS Architekten und Planer AG realisiert wurde und was nicht.
- Die detaillierte Beantwortung der Frage, warum das Sanierungskonzept der ANS Architekten und Planer AG für die Fassadensanierung (Sanierung Gebäudehülle) ersetzt werden muss.
- Eine ausführliche Begründung, wieso die Bauabteilung 2018 dazu kommt, einen neuen Vorschlag zu unterbreiten bei scheinbar immer knappen personellen Ressourcen.
- Eine ollständige Erklärung, warum das Gebäudehüllenkonzept nicht durch die ANS Architekten und Planer AG überarbeitet werden kann und warum eine komplett andere Fassadensanierung im Raum steht.

Neubau Tagesschule Worb: Genehmigung zuhanden der Stimmberechtigten

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 22	09.07.2020	11	2017/21-279	32446	32/2/10

Eintretensdebatte

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Stöckli Rolf, GPK: Neubau Tagesschule Worb: Genehmigung zuhanden der Stimmberechtigten. Der Auslöser dieses Geschäftes ist der mangelnde Platzbedarf in der Tagesschule. Die heutige Situation ist unbefriedigend. Das Projekt soll ein Volumen von bis zu 120 Schüler/innen umfassen. Die GPK ist der Meinung, dass die Botschaft gründlich vorbereitet ist. Für uns von der GPK wäre noch wünschenswert zu erfahren, was materiell zwischen den Versionen eins bis drei geändert hat. Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Grossen Gemeinderat zuhanden der Gemeindeabstimmung vom 27. September 2020 für den Neubau der Tagesschule beim Schulhaus Zentrum in Worb ein Verpflichtungskredit von 2'750'000 Franken zu genehmigen.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Danke Rolf Stöckli für deine Bemerkungen und deine Frage von der GPK, was geändert hat von der ersten zu der dritten Vorlage. Auf das komme ich später noch darauf

zurück, denn es gibt gar nicht so viel zu sagen, was geändert hat. Es war von meiner Seite aus gesehen gut, gewisse Voten und Einwände bei euch abzuholen und anschliessend die Vorlage noch zu verbessern. Das ganze Projekt ist daraus entstanden, weil wir viel zu wenig Platz in der Tagesschule hatten. Die Tagesschule war zuerst unter der Zentrurnturnhalle und dann musste man sich überlegen, wie man mit der ganzen Zunahme von Kindern weiterfahren möchte, welche sich gemeldet haben, um die Tagesschule zu besuchen. Schlussendlich ist die Gemeinde auch in der Pflicht, Tagesschulplätze anzubieten, weil es eine Vorgabe des Kantons bzw. von der Erziehungsdirektion ist. Als man gemerkt hat, dass man die ganze Tagesschulgeschichte gesamtheitlich ansehen muss, haben wir aus dem heraus das ganze Geschäft gemacht, wo es darum gegangen ist, die gesamte Schulraumnutzung im Primarstufenkreis Worb anzusehen. Dies heisst, man hat das Schulhaus Wyden, das Schulhaus Zentrum und die Sonnhalde angeschaut und geprüft, wie es in Zukunft aussehen könnte mit den ganzen Schülerzahlen. Wo, was und wie es am besten gehen könnte mit Erweiterungen und wo man Schulraum gewinnen kann. Mit der Entwicklung in Worb wird es so sein, dass es einen Bedarf für zusätzlichen Schulraum geben wird. Wie kann man dies optimieren. Aus diesem Optimierungsprozess ist dann dieses Projekt entstanden und der Standort, wo man die Tagesschule bauen wird. In den Prozess involviert waren das Departement Bildung, das Departement Bau, die Tagesschule, Präsidial- und Bauabteilung, die Schulleitungen, die Hauswarte und Architekten. Nach drei Jahren intensiver Suche und Optimierung von diesem ganzen Konzept mit zehn Varianten ist man darauf gekommen, dass der ideale Standort der Tagesschule im Zentrumschulhaus ist und es am besten ist, wenn man dort einen Neubau realisiert. Auch im Verlauf des ganzen Prozesses haben sich die Anforderungen und die Bedürfnisse der Tagesschulplätze von 70 Plätzen auf 120 Plätze erhöht. Das Projekt ist jetzt auf 120 Plätze ausgerichtet. In der Variante 10, welche gewonnen hat, habt ihr selber in der Vorlage gesehen, was man alles angeschaut hat und mit welchen Begründungen man auf das Zentrum gekommen ist, für die Tagesschule dort zu realisieren. Um zur GPK zurück zu kommen, was sich in der Botschaft vor ersten bis zur dritte geändert hat, kann ich sagen, dass bereits zur ersten Botschaft von den Grünen ein Rückweisungsantrag betreffend der Standortwahl gekommen ist. Man hat von Seite FDP gehört, dass das ganze Betriebskonzept angezweifelt wird respektive man zu wenig Informationen zum betrieblichen Ablauf und den Betriebskosten hatte. Solche Fragen sind noch im Raum gestanden. Dies hat uns vom Gemeinderat dazu veranlasst, noch ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen, wo alle Parteien nochmals zusätzlich ihre Fragen und Bedenken hätten ins Feld werfen und man diese anschliessend noch hätte in die Botschaft einbauen können. Wie richtig bemerkt wurde, ist nicht viel heraus gekommen, ausser die Standortwahl von den Grünen, das ganze lieber ins Schulhaus Wyden zu verlagern. Die Fragen von der FDP betreffend Betriebskonzept, Betriebskosten und Folgekosten konnte man bilateral klären. Die Tagesschulleiterinnen und Christoph Moser sind dort in die Fraktion gegangen und konnten das Konzept und die Kosten erläutern. Daher hat sich inhaltlich von der ersten bis zur dritten Vorlage nicht viel geändert, weil auch nicht viele Rückmeldungen gekommen sind. Zum Standort Wyden gibt es zu sagen, dass man im Vorfeld eigentlich schon bald gemerkt hat, dass der Standort Wyden für die Projektgruppe schon nur wegen der Lage gar nicht in Frage kommt. Es ist sehr abgelegen von der Distanz her. Der Schulweg von der Sonnhalde in die Wyden wäre sehr lange und die Kinder wären verspätet dort angekommen und die Gemeinde wäre verpflichtet gewesen, dort einen Transportdienst anzubieten. Auch der ganze Aussenraum beim Schulhaus Wyden ist für die 230 Schüler und Schülerinnen dort ausgerichtet. Eine Tagesschule dort hätte natürlich Aussenraum beansprucht und dieser hätte dann nicht mehr ausgereicht. Daher hat man festgestellt, dass dieser Standort nicht in Frage kommt. Dies haben auch alle so gesehen und daher war klar, dass mit dem Standort Zentrum weitergefahren werden muss. Im Zentrum war auch der Familienspielplatz vorgesehen, man hat dann eine Projektgruppe zusammen gestellt, welche prüft, wo der optimale Platz für einen solchen Familienspielplatz ist. Mit grosser Sicherheit kann man sagen, dass der Bereich beim Schulhaus Zentrum als Familienspielplatz nicht mehr in Frage kommt, da andere alternativen im Raum stehen. Man kann sagen, dass der Familienspielplatz im Umfang, wie man ihn machen möchte, im Zentrum nicht realisiert werden kann. Daher steht dort nun der Neubau der Tagesschule mit Priorität im Vordergrund. Ihr seht die Begründungen in der Vorlage. Fakt ist, wenn das Geschäft zurückgewiesen wird, man allenfalls Container als Provisorien stellen muss, um den Plätzen gemäss den Anmeldungen für das neue Schuljahr gerecht zu werden und man alle Anmeldungen berücksichtigen kann. Daher ist es auch für uns als Gemeinderat sehr wichtig, dass ihr dem Projekt, wie es hier vorliegt, und dem Kredit zustimmt, dass wir die Volksabstimmung durchführen können. So könnten wir auch den vorgesehenen Terminplan einhalten und die Tagesschule zeitnahe realisieren. Der Einzug wäre für Herbst 2021 oder Winter 2021 geplant. Es kommt dann aber auch auf die Abläufe an, wie diese stattfinden. Ich bitte euch, dem Kreditantrag für den Neubau der Tagesschule von 2,75 Millionen Franken zuzustimmen.

Jost Catarina, GLP/BDP: Die GLP/BDP-Fraktion sagt ganz klar ja zu diesem Geschäft. Warum? Es hat einen umfassenden Vorlauf gegeben. Man konnte sich dort auch einbringen. Man hatte die Möglichkeit zur Mitsprache. Dies ist sicher das Eine. Das Andere ist, dass ich selber auch einmal in die Tagesschule schauen gegangen bin und es ist zwingend notwendig, dass man etwas macht. Mir ist auch wichtig, dass man Nägel mit Köpfen macht. Ich glaube, es wissen alle, die einmal dort waren, dass dies kein Zustand sein wird in Zukunft, wenn noch mehr Kinder kommen. Man kann immer zuwarten. Aber was machen wir in der Zwischenzeit? Container stellen oder noch irgendetwas dazu bauen, dies kostet auch und ist absolut keine Lösung. Darum sagen wir ja und hoffen, dass das Geschäft zustande kommt.

Suter Michael, FDP: Ich danke zuerst dem Gemeinderat und den beiden Damen, welche bei uns in der Fraktion das Geschäft nochmals erläutert haben. Dies war sehr aufschlussreich, die Informationen aus erster Hand zu bekommen. Ich hoffe, dass dies als Vorbild dient, wenn der Informationsbedarf in den Fraktionen bei kritischen Geschäften wieder einmal so hoch ist, dass man die Informationen wieder so bekommt. Danke vielmal. Die FDP hat lange mit sich gerungen, um ihren Entschluss zu diesem Geschäft zu fassen. Wir haben entsprechend auch eine lange Reise hinter uns, für unseren Beschluss, den wir in unserer Fraktion gefasst haben. Schlussendlich haben wir uns dazu entschieden, diesem Geschäft zuzustimmen. Meine Damen und Herren, wir stimmen über 2,75 Millionen Franken ab, zu Zeiten wo es nicht besonders rosig um die Gemeindefinanzen aussieht und die Aussichten noch viel unklarer sind. So eine Ausgabe will wohlüberlegt sein. Warum sagen wir also trotzdem ja? Erstens, ist diese Investition notwendig? Da muss ich nicht mehr dazu sagen, dies wurde bereits erläutert. Zweitens, ist es eine sinnvolle Investition? Sowohl die Volksschule als auch die Tagesschule sind ein Instrument der Integration und wir als Vorkämpfer für liberale Sachen wollen, dass verschiedene Bevölkerungsschichten in der Volksschule und in der Tagesschule miteinander integriert werden. Dies ist ganz wichtig. Drittens, ist die Investition auch massvoll? Sie richtet sich auf einem Zielwert aus von Tagesschülern, welcher absehbar ist und baut nicht als Reserve viel zu gross. Schlussendlich wäre jedoch auch eine Erweiterung denkbar, falls so eine notwendig sein sollte. Schlussendlich und dies ist eigentlich fast das Wichtigste, ist die Investition in dieser unsicheren Zeit auch eingestellt in der Finanzplanung und tangiert die Schuldenbremse nicht. Daher können wir zu diesem Kredit ja sagen. Wir sind jedoch doch nicht ohne Kritik und ich bringe diese Kritik an dieser Stelle in der Hoffnung an, dass sie doch noch Eingang in die Botschaft findet. Bruno hat es erwähnt, gewisse Fragen konnten mit unserer Fraktion geklärt werden. Ob die Tagesschule schlussendlich gebaut wird oder nicht, entscheiden nicht wir, sondern die Stimmberechtigten und ihnen muss man in der Vorlage die entsprechenden Argumente auch vollständig darlegen. Da bin ich der Meinung, da kann man die Botschaft noch nachbessern. Zwei, drei Punkte hierzu: Ersten, wir haben es gehört, die Botschaft ist in eine Art Vernehmlassung zu den Parteien gelangt. Meine Bitte an die Regierung, macht dies nicht mehr. Es ist nicht miliztauglich und der Prozess sieht es nicht vor. Bringt eine Vorlage dann, wenn sie vorbereitet ist und ihr dahinter stehen könnt und dann vertretet sie mit Engagement. Entweder kommt sie durch oder sie kommt nicht durch. Alles andere, was wir hier gesehen haben, da verliert jeder Milizpolitiker sofort die Übersicht und dies führt zu einer unnötigen Hektik im Betrieb. Zweitens, da bin ich der Meinung, dies kann man noch in die Botschaft aufnehmen, wir stimmen faktisch über einen Baukredit ab, aber eigentlich geht es um viel mehr und zwar um eine neue Tagesschule. Da konnten wir anlässlich von unserer Informationsveranstaltung feststellen, dass sich am Betriebskonzept gar nicht viel ändert. Ich denke, dies ist eine wesentliche Aussage, welche in die Botschaft gehört, um der Bevölkerung noch etwas Sicherheit zu geben. Wir stimmen also nicht über ein neues Tagesschulkonzept ab, sondern einfach über neue Räumlichkeiten, wo das bestehende Konzept weitergeführt wird. Dies konnten uns auch die zwei Damen erklären, welche dies tagtäglich umsetzen. Schlussendlich zur Kostenbeteiligung: Uns ist aufgefallen von der FDP-Fraktion, dass die Kostenbeteiligung der Eltern relativ tief ist in der Gemeinde Worb. Jetzt ist uns allen klar, dass vor allem sozialschwächere Haushalte selbstverständlich von entsprechenden Erleichterungen profitieren können. Aber wie extrem diese Erleichterungen sind und wie weit nach oben beim steuerbaren Einkommen man noch von Erleichterungen profitieren kann, hat uns alle überrascht. Man zahlt weniger als 20 Prozent in der Gemeinde Worb an die Tagesschule als Elternbeitrag. Dies ist jedoch nicht eine Baustelle der Gemeinde und darum haben wir einen entsprechenden Vorstoss eingereicht. Wir werden die Vorlage so genehmigen.

Flentje Sibylle, Grüne: Ich halte dieses Votum für die Grünen. Die SP ist bei diesem Geschäft zu einem anderen Entscheid gekommen. Für uns ist es diskussionslos, die heutige Situation der Tagesschule im Schulhaus Zentrum wird den Bedürfnissen der Kinder und der Betreuungspersonen nicht mehr gerecht. Gute Tagesschulen sind auch uns ein wichtiges Anliegen. Ein gutes Projekt würden wir auch gerne unterstützen. Das vorliegende

Geschäft hat bei uns jedoch von Beginn an viele Fragen aufgeworfen. Fundierte Antworten haben wir leider nicht erhalten. Daher haben wir bereits im Februar dem Gemeinderat schriftlich mitgeteilt, dass wir ein Rückweisungsantrag stellen werden. Wir haben gehofft, dass die Zeit des Lockdowns genutzt werden kann, die fehlenden Grundlagen zu erarbeiten. Für eine grösstmögliche Transparenz haben wir aufgezeigt und begründet, welche Punkte wir zusätzlich abgeklärt haben möchten. Bekommen haben wir keine Abklärungen dafür zwei überarbeitete Botschaften. Die Version 3, welche wir jetzt haben, geht zwar auf die Punkte ein, welche wir bemängelt haben. Dies sind jedoch Antworten, welche keiner Überprüfung standhalten. Es wird argumentiert und behauptet, obschon keine Grundlagen erarbeitet wurden. Wir haben jedenfalls keine gefunden und trotz mehrmaligem Nachfragen wurden uns keine vorgelegt. Wahrscheinlich existieren sie daher auch nicht. Daher unser Fazit: Die Planung und der Informationsgehalt von diesem Projekt sind ungenügend und stehen in keinem Verhältnis zur Wichtigkeit und zur Grösse von diesem Vorhaben. Folgende Punkte haben uns daher dazu bewogen, einen Rückweisungsantrag zu stellen: Erstens wissen wir nicht, auf welchen Grundlagen die 120 Plätze berechnet wurden und wie viele Jahre diese genügen werden. Es gibt keine Szenarien zu stagnierenden oder ständig ansteigenden Anmeldungen über die 120 Kinder. Diese Szenarien müssen aufgezeigt und dokumentiert werden. Zweitens ist Fakt, dass sich der Neubau nicht erweitern lässt. Auch wenn technisch eine Aufstockung möglich wäre, zurecht wird die Denkmalpflege und die OLK dies nicht zulassen. Eine doppelstöckige Tagesschule wird es also nicht geben. Drittens widerspricht ein einstöckiger Bau im Zentrum dem Ziel der inneren Verdichtung. Das vorliegende Projekt ist also nicht entwicklungsfähig. Es zeigt aus unserer Sicht einmal mehr, dass man für ein akutes Problem eine möglichst schnelle Lösung sucht und Welch Wunder, auch gefunden hat. Viertens würde dieser Neubau unser Dorfbild entscheidend prägen. Darum wollen wir vorgängig eine gesamtheitliche und weitsichtige Planung. Dies schliesst auch ein, dass man andere Schulhäuser für den Standort der Tagesschule ernsthaft in Betracht zieht. Fünftens, wenn der Gemeinderat von zehn Lösungsvarianten spricht, ist dies Augenwischerei. Alle zehn Varianten gehen davon aus, dass die Tagesschule nur im Zentrum erweitert werden kann. Wenn wir vor einer solchen grossen Investition stehen, dann wäre es angebracht, auch andere Lösungen wenigstens anzudenken. Der grösste Teil der Tagesschulkinder kommt nämlich aus dem Schulhaus Wyden. Es würde daher Sinn ergeben, diesen Standort als Tagesschule zu prüfen. Auf dem Areal des Wydenschulhauses kann man mehrstöckig und verdichtet bauen. Dieses Areal bietet also gute Entwicklungsmöglichkeiten. Es darf nicht sein, dass alternative Standorte von Beginn an ausgeschlossen werden, nur weil die Abläufe der Tagesschule an einem neuen Standort angepasst werden müssten. Es gibt noch mehr gute Argumente für einen Rückweisungsantrag. Die fünf Minuten Redezeit reichen nicht aus, alle diese Mängel und Versäumnisse aufzuzählen. Aus der Sicht der Grünen ist das vorliegende Projekt nicht ausgereift und lässt viele Fragen offen. Weil uns gute und professionelle Betreuungsangebote wichtig sind, wünschen wir uns eine Planung, die auch mittelfristig eine tragfähige Lösung bietet. Weil mit dem, was wir heute bauen, werden wir mehrere Jahrzehnte leben müssen. Ich bitte euch daher, unserem Rückweisungsantrag zuzustimmen. Die Tagesschule hat ein gutes Projekt verdient und für das sollte man sich auch die nötige Zeit nehmen.

Howald Heidi, SVP: Das ganze Projekt ist für uns gut durchdacht und deckt auch den zukünftigen Bedarf an Tagesschulplätzen ab. Der Entscheid, den Bau eingeschossig mit einer Option für eine spätere Aufstockung zu erstellen, zeugt auch von Weitsicht. Nämlich auch die Denkmalpflege überdenkt manchmal ihre Vorgaben. Das Projekt ist breit abgestützt und im Vergleich mit den Nachbargemeinden auch kostengünstig. Das Projekt Tagesschule hat für uns allerdings auch einen gesellschaftspolitischen Aspekt, welcher nicht den Werten der SVP entspricht. Betreuung der Kinder in der Familie ist nach wie vor zu priorisieren. Die Kinder profitieren so in ihrer Entwicklung am meisten. Innerhalb von unserer Fraktion wird dieser Aspekt unterschiedlich gewichtet. Darum hat die SVP-Fraktion Stimmfreigabe beschlossen.

Marthaler Matthias, SP: Dieses Votum ist jetzt nur für die SP. Die Tagesschule Worb benötigt mehr Platz. Dies ist unbestritten. Aus den Unterlagen ist zu entnehmen, dass eine Gruppe von Profis und Politikern einen grossen Handlungsbedarf bei der Tagesschule Worb festgestellt hat. Engagierte Mitarbeiterinnen betreuen und versorgen in Räumlichkeiten, welche für 25 Kinder konzipiert waren, ca. 75 Kinder Tendenz steigend. Damit erbringen sie mit stark eingeschränkten Ressourcen einen enormen Beitrag für Familien, Gleichberechtigung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Wirtschaft, Integration und stabile Strukturen für die Kleinsten. Über die Art und Weise, wie das Projekt aufgelegt und vorangetrieben wurde, ist die SP enttäuscht. Viele Informationen mussten wir uns selber besorgen. Dies hat auch dazu geführt, dass die SP nicht von Beginn an hinter dem Projekt gestanden ist. Ich bin mir auch nur zu bewusst, dass unsere Kritikpunkte von einigen hier vermehrt werden könnten. Aber der Umstand ändert nichts an der Realität. Ich sage es nochmals. Die Tagesschule Worb

braucht unbestritten jetzt mehr Platz. Für uns ergeben sich praktische Vorteile aus dem beantragten Neubau am Standort beim Schulhaus Zentrum. Die geplante Tagesschule ist zentral gelegen und dadurch für alle Kinder am Mittag in zumutbarer Distanz und Zeit erreichbar. Es ist zum Beispiel ideal für Eltern, welche den ÖV nutzen oder mit ihren Kindern mit dem Velo oder zu Fuss anreisen. Sie wird für die maximale Zahl von 120 Kinder gebaut. Sollte der Bedarf dereinst darüber hinaus steigen, müsste man sowieso einen weiteren Standort suchen. Eine Tagesschule benötigt es in Zukunft auch, wenn in Zukunft allenfalls eine Ganztageschule aufs Tapet kommen würde. Zudem wurde die Tagesschule so flexibel konzipiert, dass zukünftige Umnutzungen und eine Erweiterung erleichtert machbar wäre. Auch die Anliegen der Denkmalpflege betreffend Dorfschulhaus sind in dieser angestrebten Lösung berücksichtigt. Die Aussenfläche soll begrünt, attraktiv und bewegungspädagogisch positiv, also auch mit intelligenten Sportgeräten, gestaltet werden, was für Worber Familien eine zusätzlichen Mehrwert bedeutet. Für den durch unser Volkspostulat geforderten Familienspielplatz wäre, wie es Bruno bereits gesagt hat, ohnehin kein Platz. Diesen müsste man sowieso wo anders planen. Die Verpflegung und die Betreuung der Kinder sowie die Leitung von einem Standort ist effizient und reduziert Transportkosten. Anerkennend sehen wir auch, dass die Honorarkosten des Architekten von 164'000 Franken eher tief angesetzt sind. Zum Schluss bitten wir darum, dass in der Botschaft die Kostenaufstellung zugunsten der Transparenz noch um den Planungskredit von 147'000 Franken ergänzt wird. Die SP Worb ist bereit, den Verpflichtungskredit von 2'750'000 Franken so zu genehmigen.

Cetin Christopher, EVP: Das Volksschulgesetz verlangt, dass jedes angemeldete Kind in die Tagesschule aufgenommen wird. Heute platzt die Tagesschule aus allen Nähten. Die Zahl der Anmeldungen steigt von Jahr zu Jahr. Auf dem Areal des Dorfschulhauses ist die Tagesschule mittlerweile auf drei Standorte aufgeteilt. Dies erschwert und verteuert den Betrieb beträchtlich. Der Standort des Neubaus auf dem Dorfschulhausplatz ist ideal. Die Tagesschule befindet sich so, wie vom Kanton auch gewünscht, in der Nähe einer Schule und zentral im Dorf. Zur Entscheidungsfindung beteiligten sich neben der kantonalen Denkmalpflege und der Kommission zur Pflege der Orts- und Landschaftsbilder OLK die drei Worber Kommissionen Bau, Finanz und Bildung. Wir vertrauen ihnen, dass sie sich für das bestmögliche Bauprojekt eingesetzt haben. Von daher unterstützen wir von der EVP Worb den Neubau der Tagesschule auf dem Areal des Dorfschulhauses in Worb.

Fivian Bruno, SVP: Ich zitiere: "Ein Vater der gerade dann nicht zuhause bei seiner Familie sein wollte, wäre für ihn eine Pfeife." Dies als Einleitung. Es ist ein Zitat aus einem Artikel, welcher in der letzten Worber Post erschienen ist. Ein paar haben es wohl gelesen. Ich spreche hier nur für mich. Er hat mich dazu bewegt, dass ich mein Versprechen, welches ich letzte Woche am Mittwoch meiner Partei gegeben habe, nämlich dass ich mich zu diesem Geschäft hier nicht äussern werde, jetzt breche. Liebe Kollegen, es tut mir leid, wir können es dann später ausdiskutieren. Im Kontext von diesem Artikel erklärt der Autor, dass Väter, vorwiegend bürgerlichem Ursprung, wo die Meinung vertreten, dass es für den Vater wichtigere Wochen gibt mit seinen Kindern als Wochen null und eins, dass dies Pfeifen seien. Dazu einmal folgendes: Ein Worber Post-Artikel, der so Verunglimpfungen gegenüber Andersdenkenden beinhalten, denn ich fühle mich hier ganz direkt angesprochen, weil mein Familienbild sehr konservativ geprägt ist, würde bei mir als Präsident von einer politischen Partei und als letzte Kontrollinstanz von diesen Artikeln nie durchgehen. Aber dies spricht wahrscheinlich für genau diese Partei, dass man da natürlich auch mal eine Ausnahme machen kann. Ich möchte hören, wie es tönen würde, wenn in unserer Spalte solche Ausdrücke stehen würden. Und jetzt der Bogen zur Tagesschule. Von diesem Autor, der die bürgerlichen Väter, welche meinen, dass die Wochen null und eins nicht so gravierend sind, dass ihnen die malochende Masse dafür einen bezahlten Urlaub finanzieren muss, Pfeifen nennt, von dem möchte ich auch noch wissen, ob die Frauen, die arbeiten wollen oder müssen oder denen, wo die Männer nicht hüten möchten, wenn sie arbeiten gehen wollen, ob dies für ihn auch Pfeifen sind oder ob dies eben Heldinnen sind. Weil sie in dem Sinn seinem Ideal entsprechen. Es ist genau diese fundamentale Doppelzüngigkeit, welche mich dazu bringt, zu denken, dass es im Grund der Dinge um viel mehr geht, als nur um das scheinbare Wohl von unseren Kindern. In diesem Kontext werde ich besonders aus Protest gegen diese Verunglimpfungen und dieser moralischen Widersprüchlichkeit jetzt gerade dann ein Nein einlegen. Es müssen nicht alle so handeln und denken, wie es von unseren Politikern vorgegeben wird und wenn sie dies nicht machen, dann hören sie etwas. Einer der wichtigsten Punkte in meinen Augen, wo unsere Demokratie ausmacht, ist die Akzeptanz von einem demokratischen Mehrheitsentscheid, ohne dass man dabei ausfällig werden muss. Contraargumente: Die ganze Politik Tagesschule ist für die Nutzer viel zu billig. Der Anteil, welcher der Steuerzahler übernehmen muss, ist viel zu hoch. Dies bezieht sich auf die Beiträge, welche die Eltern bezahlen müssen. Auf das Projekt selber, trifft dies nur im übertragenen Sinn zu. Zweitens haben wir

eigentlich kein Geld für auch noch solche Projekte. Wir haben genügend Aufwand mit den bereits bestehenden Gebäuden. Drittens stört es mich, dass wir hier vom Kanton mit der Weisung, dass kein Kind abgewiesen werden darf, absolut bevormundet werden. Viertens ist noch unsere Angst, dass im Anschluss an einen solchen gewaltigen Bau, die Schulen in den Aussenorten geschlossen werden sollen. Dem Gemeinderat danke ich für die Ausschaffung von diesem Projekt. Es ist aus meinen Augen ein gutes Projekt und ich bin mir sicher, dass es das Richtige ist.

Von Arx Roland, Grüne: Sibylle Flentje hat es ja bereits angetönt, dass die Grünen noch weitere wichtige Punkte haben, welche gegen den Standort der Tagesschule im Zentrum sprechen und wir daher das Projekt ablehnen, so wie es vorliegt. Die folgenden Argumente müssten bei einer Annahme zusätzlich zu jenen von Sibylle in die Abstimmungsbotschaft aufgenommen werden: Erstens ist die Bächumatt das grösste Entwicklungsgebiet von Worb. Wenn jetzt über zusätzlichen Raumbedarf nachgedacht wird, muss auch die zukünftige Siedlungsentwicklung in der Bächumatt berücksichtigt werden. Eine Planung auf dem Wydenareal wäre also unter diesem Aspekt sinnvoll. Zweitens will die vorgeschlagene Lösung die Kinder des Kindergartens vom Schulhaus Zentrum in die Sonnhalde verlegen. Für die kleinen Kinder aus dem Zentrum wird damit der Schulweg wesentlich gefährlicher. Sie müssen nämlich die gefährliche und stark befahrene Bollstrasse überqueren. Die neue Entwicklung der familienergänzenden Kinderbetreuung geht in Richtung Ganztageschule. Es ist eine Frage der Zeit, bis dieses Modell in der Gemeinde Worb auch realisiert wird. Der geplante Neubau ist nur auf die Bedürfnisse der Tagesschule ausgerichtet. Eine flexible Nutzung als Schulraum oder als Ganztageschule ist kaum möglich. Viertens würde dem Neubau im Zentrum eine ganze Baumreihe zum Opfer fallen. Mit der Zunahme der Hitzesommer ist es nicht verantwortbar, diesen Baumstamm zu opfern. Fünftens ist mit unseren Steuergeldern sorgfältig umzugehen. Ein Neubau von 2,8 Millionen Franken müsste daher die Möglichkeiten für eine zusätzliche öffentliche Nutzung beinhalten. Ein so teurer Bau sollte nicht während 13 Wochen Schulferien, an den Wochenenden und jeden Abend ungenutzt bleiben. Aus diesem Grund lehnen wir das vorliegende Projekt ab und sind auch für eine Rückweisung.

Christensen Sven, FDP: Ich gebe dazu eigentlich kein Votum ab. Ich habe vorher gerade gesagt, dass ich eigentlich in den Ausstand treten möchte für diese Abstimmung. Ihr wisst ja, als Architekturbüro durften wir dieses Projekt machen. Jetzt wurde ich belehrt, dass ich hier bleiben darf, wenn ich offenlege, dass wir das Projekt gemacht haben. Wir haben auch noch keinen Folgeauftrag, wir haben einfach das Projekt hier verfasst. Daher werde ich hier bleiben und auch mit abstimmen. Ihr könnt euch vorstellen, dass ich dem sicher zustimmen werde. Ich hoffe, ihr habt auch mit den Tagesschulleiterinnen gesprochen. Ich habe dies eine sehr wichtige Information gefunden. Ich habe die meisten Informationen natürlich gekannt, aber ich hoffe natürlich auch in Zukunft, dass Parlamentarier davon Gebrauch machen und die Informationen abholen gehen. Noch besser wäre natürlich, wenn der Gemeinderat diese gerade zur Verfügung stellen würde. Aber wenn dem nicht der Fall ist, dass man die Informationen wirklich abholen geht und mit diesen Leuten spricht.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Vielen Dank für eure Voten. Ich möchte noch eine Antwort geben zum ganzen Vorgehen mit der Vernehmlassung, welche man gemacht hat. Einerseits wollten wir die Punkte berücksichtigen, welche die Grünen eingebracht haben. Dies war eigentlich auch ausschlaggebend, dass wir die Botschaft nochmals gemacht haben. Wir wollten dies von unserer Seite her nochmals darlegen und wir konnten keine anderen Argumente hervorzaubern, warum für uns das Schulhaus Wyden nicht als Standort in Frage kommt, um dort die Tagesschule zu bauen. Es kommt dazu, dass Corona dazwischen gekommen ist und Sitzungen ausgefallen sind und man die Termine gar nicht mehr einhalten konnte. Die Zeit, welche wir zur Verfügung hatten, wollten wir nutzen, um zusätzlich noch Inputs bei euch abzuholen und das Geschäft damit zu ergänzen. Daher haben wir diese Vernehmlassung gemacht. Ich mag mich nicht erinnern, dass wir dies schon einmal bei einem Geschäft gemacht haben. Dies habe ich so noch nie erlebt. Ich denke auch, dass dies die Ausnahme sein wird. Zu den Argumentationen und zum Rückweisungsantrag der Grünen: Dieser ist heute Abend so reingekommen und dieser enthält viele Punkte, die ich jetzt nicht einfach so beantworten kann. Von Roland von Arx wurde die Entwicklung der Bächumatt ins Feld geworfen. Dies ist so, dort wird wahrscheinlich eine Entwicklung stattfinden. Vom Zeithorizont her, wage ich zu sagen, wird es jedoch noch zehn bis 20 Jahre gehen, bis dort etwas entsteht. Ich denke so viel Zeit haben wir nicht und sollte es dann solche neue Überbauungen geben und Worb so wachsen, dann muss man die Situation sowieso überdenken. Die Grösse der Tagesschule mit 120 Schülern, wie sie jetzt ausgerichtet ist, dies ist auch die Aussage der Tagesschulleiterinnen, ist für die Abläufe, die Wirtschaftlichkeit und die Effizienz sehr optimal, auch im

Zusammenhang mit den Betreuungspersonen. Es ist vom Kanton auch vorgegeben wie viele Betreuungspersonen es braucht und wie viele eine pädagogische Ausbildung haben müssen. Roland du hast noch gesagt, dass es nicht sein kann, dass man 2,7 Millionen Franken für ein Gebäude spricht. Wir haben es hier auch drinnen, dass das Gebäude alleine nur 1,66 Millionen Franken kostet. Wir haben dort noch über 500'000 Franken für die Umgebung. Wir möchten die Umgebung um das Zentrum aufwerten. Es geht nicht rein nur um das Gebäude selber. Das Gebäude selber kostet die 1,66 Millionen Franken. Ihr seht dies auch in den Unterlagen. Es beinhaltet auch noch die Aufwertung des Platzes dort, wie es von Matthias auch erwähnt wurde, dass dort auch Elemente gebaut werden zum Spielen. Sicher gibt es auch eine Weiterentwicklung des ganzen Platzes dort im Zentrum. Dies kann ich noch zum Rückweisungsantrag der Grünen und zum Votum von Roland sagen.

Beschluss:

Rückweisungsantrag der Grünen:

"Das Geschäft "Neubau Tagesschule Worb: Genehmigung zuhanden der Stimmberechtigten" wird an den Gemeinderat zurückgewiesen mit folgenden Aufträgen:

1. Die Ausgangslage für den Neubau ist der künftige Bedarf der Tagesschule. Der Neubau basiert auf dem Szenario, dass Anmeldungen kontinuierlich ansteigen, bei 120 Kindern stoppen und dann stabil bleiben. Der Gemeinderat soll aufzeigen, wie die Infrastruktur der Tagesschule aussehen würde, wenn:
 - die Anzahl der Anmeldungen auf dem heutigen Stand stagnieren sollte
 - die Anzahl der Anmeldungen stetig zunehmen und die Zahl von 120 Kindern immer weiter überschreiten würde.

Den Rahmen für diese Szenarien bilden die Entwicklung der Schülerzahlen, der Bedarf der Eltern und die Erfahrungswerte von Gemeinden mit grösseren Tagesschulen.

2. Die Möglichkeiten des Areals des Schulhauses Wyden als Standort für eine Tagesschule ist zu prüfen.
3. Es ist zu prüfen, ob sich beim Schulhaus Wyden eine Tagesschule und zusätzlicher Schulraum, zum Beispiel für einen Kindergarten oder eine Ganztageschule im Hinblick auf die geplante Siedlungserweiterung in der "Bächumatt" realisieren liesse.
4. Es ist aufzuzeigen, wie sich eine Erweiterung des geplanten Neubaus der Tagesschule auf dem Schulhausplatz Zentrum nötigenfalls realisieren liesse, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Denkmalpflege und die OLK einer Aufstockung nicht zustimmen.
5. Es ist aufzuzeigen, welche Möglichkeiten einer späteren Umnutzung des geplanten Neubaus der Tagesschule sich auf dem Schulhausplatz Zentrum nötigenfalls realisieren liesse.
6. Die Vor- und Nachteile der Standorte "Schulhaus Wyden" und "Schulhaus Zentrum" sind auch im Hinblick auf die geplante Siedlungserweiterung in der "Bächumatt" aufzuzeigen und zu belegen.
7. Es ist aufzuzeigen, wie die Räume der Tagesschule oder Teile davon von der Bevölkerung genutzt werden könnten (Vereine, Parteien, Institutionen, Private).
8. Es ist aufzuzeigen, wie ein Neubau beim Schulhaus Zentrum ohne das Fällen der bestehenden Baumreihe realisiert werden könnte."

Der Rückweisungsantrag der Grünen wird zur Abstimmung gebracht.

Der Rückweisungsantrag der Grünen wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wurde mit 28 zu 8 Stimmen bei 0 Enthaltungen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 27 Abs. 1 Bst. c der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 und zuhanden der Gemeindeabstimmung vom 27. September 2020 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Für den Neubau der Tagesschule beim Schulhaus Zentrum in Worb wird ein Verpflichtungskredit von 2'750'000 Franken genehmigt.
2. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Postulat der FDP-Fraktion mit dem Titel "Kantonale Tagesschulbeiträge überprüfen"

Sitzung Nr. 396	Datum 29.06.2020	Traktandum 12	Beschlusnummer 2017/21-280	Geschäftsnummer 33092	Archivnummer 16/43
--------------------	---------------------	------------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

"Der Gemeinderat wird gebeten, bei den zuständigen kantonalen Behörden und Gremien darauf hinzuwirken, dass die Elternbeiträge für Tages Schulbetreuungen kostenwahrer ausgestaltet werden. Begründung: Worb soll eine neue Tageschule erhalten. Im Rahmen der diesbezüglichen Abklärungen hat die FDP die Elternbeiträge vertieft geprüft. Dabei fällt auf, dass die Eltern in Worb nicht einmal 20% der tatsächlichen Kosten der Tageschule direkt selbst bezahlen. Dieser Kostenbeitrag ist angesichts des professionellen Leistungsangebots sehr bescheiden und darüber hinaus im gemeindeübergreifenden Vergleich sehr tief. Der FDP ist bewusst, dass diese Beiträge einkommensabhängig gestaffelt werden und gerade weniger verdienende Eltern von einer Erleichterung profitieren. Daran soll sich grundsätzlich nichts ändern. Für die FDP ist aber fraglich, warum für höhere Einkommen nicht auch höhere Beiträge eingefordert werden, zumal höhere Einkommen ja über die Steuerprogression ohnehin bereits mehr zur Finanzierung der Tagesschulen beitragen. Eine solche Umverteilung soll nach Auffassung der FDP durch ein kostenwahreres System abgelöst werden. Der Systemwechsel kann so ohne eigentliche Mehrabgaben zu mehr Kostenwahrheit beitragen. Die Festsetzung der Elternbeiträge für Tagesschulen fällt in die Zuständigkeit des Kantons, weshalb die Gemeindevertreter gebeten werden, bei den entsprechenden kantonalen Behörden und Gremien auf eine Anpassung der Bemessungsgrundlagen im Sinne des vorliegenden Postulats hinzuwirken."

Sandra Büchel-Wampfler
Präsidentin

Jürg Bigler
Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung vom 7. September 2020

Jürg Bigler
Sekretär